**Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Sommersession 2016**

Im **Nationalrat** sind aus kinderrechtlicher Sicht verschiedene Vorstösse zu erwähnen. Der Nationalrat hat die jahrelangen Arbeiten an einer neuen Verfassungsgrundlage gestoppt. Diese gehen auf eine parlamentarische Initiative der CVP-Nationalrätin Amherd, „[Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz"](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20070402) zurück. Der Vorstoss verlangte, die Verfassung so zu ändern, dass der Bund Vorschriften zur Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie zu deren Schutz erlassen kann. Die Idee war zunächst auf Zustimmung gestossen. Die konkrete Vorlage haben nun aber beide Räte verworfen. Nach Ansicht der Mehrheit kann das Anliegen der Initiative mit dem geltenden Gesetz erfüllt werden. Eine weitere Initiative von Amherd ([Unterstützung von Kindern und Jugendlichen](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150423))hat der Nationalrat ebenfalls abgelehnt. Diese hatte zum Ziel, dass der Bund nicht nur ausserschulische, sondern auch schulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unterstützen kann (vgl. [Webbeitrag](http://www.netzwerk-kinderrechte.ch/index.php?id=3&tx_ttnews%5byear%5d=2016&tx_ttnews%5bmonth%5d=06&tx_ttnews%5btt_news%5d=596&cHash=d35d44787439ff7b1ad86deab43dd00f) dazu). Weiter von Interesse ist [die Revision des Adoptionsgesetzes](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20140094), mit der das Kindeswohl bei der Adoptionsentscheidung weiter ins Zentrum gerückt wird. Aus der Sicht des Kindeswohls von zentraler Bedeutung ist die Öffnung der Stiefkindadoption: neu steht diese auch Paaren in eingetragenen Partnerschaften und Paaren in faktischen Lebensgemeinschaften (egal ob verschieden- oder gleichgeschlechtlich) offen. Die Räte haben die Revision in der Schlussabstimmung angenommen.

Angenommen hat der Nationalrat auch die Motion von Nationalrätin Amherd «Sexting bekämpfen», welche den Bundesrat beauftragt, dem Parlament eine Ergänzung des Strafgesetzbuches zu unterbreiten, welche Sexting als eigenen Straftatbestand beinhaltet. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Schliesslich hat sich der Nationalrat bei zwei Vorstössen dagegen ausgesprochen, das System der Familienzulagen zu verändern. Während eine parlamentarische Initiative die [Erhöhung der Familienzulagen](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150405) forderte, wollte das Postulat Fridez: «Eine Zulage für jedes Kind» Lücken im System der Familienzulagen schliessen, so dass auch wirklich jedes Kind Anrecht auf eine Zulage hat.

Im **Ständerat** war aus Sicht der Kinderrechte besonders die Debatte um das [Tabakproduktegesetz](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150075) von Interesse. Leider folgte der Ständerat seiner vorberatenden Kommission und weist das Geschäft zurück an den Bundesrat, mit dem Auftrag, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die unbestrittene Elemente der geltenden Tabakverordnung wie den Kinder- und Jugendschutz umfasst. Von Einschränkungen der Werbung im Kino oder auf Plakaten, der Verkaufsförderung und des Sponsorings will die Ständeratsmehrheit aber nichts wissen.

Weiter von Interesse war die parlamentarische Initiative Marra „[Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20080432)“. Dieser Vorstoss verfolgt das Ziel, dass Ausländer der dritten Generation in der Schweiz künftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat den Gesetzes- und Verfassungsänderungen zugestimmt. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Die Räte sind sich noch nicht einig bei der exakten Definition der "dritten Generation". Der Ständerat möchte den Kreis jener, die dazu zählen, stärker eingrenzen als der Nationalrat

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten).

Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-amtliches-bulletin) nachgelesen werden.

| **Datum** | **Nationalrat** | **Ständerat** |
| --- | --- | --- |
| 30.05.2016 | [**14.094**](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20140094) **(Geschäft des Bundesrats): ZGB. Adoption. Änderung.**  Mit der Gesetzesrevision wird das Anliegen, das Kindeswohl ins Zentrum der Adoptionsentscheidung zu stellen, weiter gestärkt: Die Ermessensspielräume werden erweitert, wenn dies im Interesse des Kindeswohls geboten erscheint (Z.B. Senkung des Mindestalters auf 28 Jahre, flexiblere Beurteilung des Altersunterschieds zwischen Adoptivkind und -eltern). Aus der Sicht des Kindeswohls von zentraler Bedeutung ist ausserdem die Öffnung der Stiefkindadoption: Während sie bislang nur einem Ehepaar möglich ist, schlägt der Bundesrat vor, die Stiefkindadoption neu auch Paaren in eingetragenen Partnerschaften und Paaren in faktischen Lebensgemeinschaften (egal ob verschieden- oder gleichgeschlechtlich) zu öffnen. Ausserdem schlägt der Bundesrat vor, die Pflicht ins Gesetz aufzunehmen, das Kind vor der Adoption anzuhören. Der Ständerat stimmte der Modernisierung des Adoptionsrechts zu.   * Der Nationalrat ist gegen den Willen der SVP dem Ständerat gefolgt und hat das Geschäft angenommen. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung (vgl. Schluss dieser Tabelle).   [**15.405**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150405) **(Parlamentarische Initiative Ruiz): Erhörung der Familienzulagen.**  Die Vorlage verlangt eine Änderung des Familienzulagengesetzes, um Kinderzulagen auf mindestens 250 CHF pro Monat bzw. Ausbildungszulagen auf 300 CHF pro Monat zu erhöhen.   * Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge. Das Geschäft ist somit erledigt. | - |
| 02.06.2016 | - | [**16.3144**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163144) **(Interpellation Rechsteiner): Einbürgerung von Secondos fördern.**  Der Interpellant verlangt vom Bundesrat Auskünfte zur Einbürgerung von Secondos und Secondas. Insbesondere möchte er wissen, ob der Bundesrat ebenfalls für eine aktive Förderung der Einbürgerung von Secondas und Secondos ist.   * Das Geschäft wird behandelt, der Interpellant ist teilweise befriedigt mit der Antwort des Bundesrats. Das Geschäft ist somit erledigt.   [**16.3145**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163145) **(Interpellation Rechsteiner): Nationale Konferenz Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.**  Der Interpellant stellt dem Bundesrat Fragen zur Einschätzung der Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik. Insbesondere interessiert es ihn, ob der Bundesrat die Ansicht teilt, dass gerade bei jungen Flüchtlingen, die womöglich lange oder für immer hierbleiben, die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt beschleunigt angegangen werden müsste.   * Das Geschäft wird behandelt, der Interpellant ist mit der Antwort des Bundesrats befriedigt. Das Geschäft ist somit erledigt. |
| 07.06.2016 | [**07.402**](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20070402) **(Parlamentarische Initiative Amherd): Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz.**  Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 67 der Bundesverfassung mit einem Absatz 1bis mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: „Der Bund kann Vorschriften zur Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie zu deren Schutz erlassen.“ Der Nationalrat hat das Geschäft bereits behandelt und mit Änderungen überwiesen (vgl. [Webbeitrag](http://www.netzwerk-kinderrechte.ch/index.php?id=3&tx_ttnews%5byear%5d=2015&tx_ttnews%5bmonth%5d=04&tx_ttnews%5btt_news%5d=481&cHash=3ca6cbaf0fe0809028e67d234aacded0) dazu).  Der Ständerat trat nicht auf die Vorlage ein, die Vorlage war nun erneut im Nationalrat traktandiert.   * Der Bund bekommt keine zusätzlichen Kompetenzen in der Kinder- und Jugendförderung. Der Nationalrat hat die jahrelangen Arbeiten an einer neuen Verfassungsgrundlage gestoppt. Die Idee war zunächst auf Zustimmung gestossen. Die konkrete Vorlage haben nun aber beide Räte verworfen. Nach Ansicht der Mehrheit kann das Anliegen der Initiative mit dem geltenden Gesetz erfüllt werden. Das Geschäft ist somit erledigt.   [**15.423**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150423) **(Parlamentarische Initiative Amherd): Unterstützung von Kindern und Jugendlichen.**  Eine weitere Initiative von Nationalrätin Amherd will ermöglichen, dass der Bund nicht nur die ausserschulische, sondern auch die schulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Förderung, Schutz und Partizipation unterstützen kann.   * Der Nationalrat hat auch diese Vorlage abgelehnt. Das Geschäft ist somit erledigt. | [**14.094**](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20140094) **(Geschäft des Bundesrats): ZGB. Adoption. Änderung.**  Mit der Gesetzesrevision wird das Anliegen, das Kindeswohl ins Zentrum der Adoptionsentscheidung zu stellen, weiter gestärkt: Die Ermessensspielräume werden erweitert, wenn dies im Interesse des Kindeswohls geboten erscheint (Z.B. Senkung des Mindestalters auf 28 Jahre, flexiblere Beurteilung des Altersunterschieds zwischen Adoptivkind und -eltern). Aus der Sicht des Kindeswohls von zentraler Bedeutung ist ausserdem die Öffnung der Stiefkindadoption: Während sie bislang nur einem Ehepaar möglich ist, schlägt der Bundesrat vor, die Stiefkindadoption neu auch Paaren in eingetragenen Partnerschaften und Paaren in faktischen Lebensgemeinschaften (egal ob verschieden- oder gleichgeschlechtlich) zu öffnen. Ausserdem schlägt der Bundesrat vor, die Pflicht ins Gesetz aufzunehmen, das Kind vor der Adoption anzuhören. Der Ständerat hat als Erstrat der Modernisierung des Adoptionsrechts zugestimmt. Eventuell wird der Ständerat die Differenzen zum Nationalrat behandeln.   * Der Ständerat ist stillschweigend dem Nationalrat gefolgt. Das Geschäft ist somit bereit für die Schlussabstimmungen. Das letzte Wort könnte allerdings das Stimmvolk haben. Ein Komitee mit Vertretern aus SVP, CVP und EDU hat angekündigt, das Referendum zu ergreifen, sollten die Räte das Gesetz gutheissen. |
| 08.06.2016 | [**15.4083**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20154083) **(Motion WBK-N): Honorierung von Unternehmen, die eine Familienpolitik unterstützen.**  Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrats fordert den Bundesrat auf, die Ausarbeitung einer „Zertifizierung für familienfreundliche Unternehmen" zusammen mit den betroffenen Kreisen in den Massnahmenkatalog der Fachkräfte-Initiative aufzunehmen. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.   * Der Nationalrat hat die Motion abgelehnt und folgt dabei der Begründung des Bundesrats, dass solche Labels Sache der Privatwirtschaft seien. Das Geschäft ist somit erledigt. | [**16.3146**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163146) **(Motion Föhn): Sicherung des Programms Jugend und Sport.**  Der Bundesrat wird beauftragt, für den Bereich Jugend und Sport im Voranschlag 2017 und die folgenden Finanzplanjahre ausreichend Mittel einzustellen, damit auf der Grundlage der aktuellen Beitragssätze die Nachfrage gedeckt werden kann. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Vorstosses, der Ständerat berät die Vorlage als Erstrat.   * Der Ständerat hat die Motion angenommen. Nun geht der Vorstoss in den Nationalrat. |
| 09.06.2016 | [**16.025**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20160025) **(Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020.**  Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz.   * Der Nationalrat folgt mehrheitlich den Vorschlägen des Bundesrates. Er lehnte eine Mittelaufstockung, die von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur gefordert wurde ebenso ab, wie die Kürzungen, welche die SVP beantragt hatte. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. | [**15.075**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150075) **(Geschäft des Bundesrates): Bundesgesetz über Tabakprodukte.**  Das neue Tabakproduktegesetz hat zum Ziel, die Bevölkerung und insbesondere Jugendliche vor den negativen Folgen des Tabakkonsums zu schützen. Da die meisten Raucherinnen und Raucher (57%) vor ihrem 18. Geburtstag mit dem Rauchen beginnen, spielt der Jugendschutz im Gesetz eine zentrale Rolle: ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an Minderjährige und eine Einschränkung von Werbeformen, die für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich sind (Werbung auf Plakaten, im Kino und in Print- und Onlinemedien werden verboten). Ebenso untersagte Tabakproduktewerbung wäre die Abgabe von Geschenken an die Konsumentinnen und Konsumenten oder das Sponsoring von Grossanlässen. Der Ständerat berät die Vorlage als Erstrat.   * Der Ständerat folgt seiner vorberatenden Kommission und weist das Geschäft zurück an den Bundesrat, mit dem Auftrag, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die unbestrittene Elemente der geltenden Tabakverordnung wie den Kinder- und Jugendschutz umfasst. Von Einschränkungen der Werbung im Kino oder auf Plakaten, der Verkaufsförderung und des Sponsorings will die Ständeratsmehrheit aber nichts wissen. |
| 13.06.2016 | **-** | [**08.432**](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20080432) **(Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.**  Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat hat sich im letzten Jahr für eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes ausgesprochen. Der Ständerat ist bereits auf die Vorlage eingetreten, hat diese aber gleichzeitig an die Kommission zurückgewiesen. Nun befasst er sich mit dem neuen Entwurf der Kommission.   * Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat Gesetzes- und Verfassungsänderungen zugestimmt. Das letzte Wort wird das Stimmvolk haben. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Die Räte sind sich noch nicht einig bei der exakten Definition der "dritten Generation". Der Ständerat möchte den Kreis jener, die dazu zählen, stärker eingrenzen als der Nationalrat   [**11.3677**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20113677) **(Motion Ingold): Gesetzliche Grundlage für Alkoholtestkäufe.**  Der Bundesrat wird mit dieser Motion beauftragt, schnell eine gesetzliche Grundlage für die Durchführung von Alkoholtestkäufen zur wirksamen Durchsetzung des Jugendschutzes zu schaffen. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme der Motion, der Nationalrat hat die Motion bereits angenommen.   * Nach dem Nationalrat stimmt auch der Ständerat der Motion zu. Der Bundesrat will das Anliegen in der zweiten Teilrevision bis Ende 2016 aufnehmen. |
| 16.06.2016 | [**14.3367**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20143367) **(Motion Viola Amherd): Sexting bekämpfen.**  Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament eine Ergänzung des Strafgesetzbuches zu unterbreiten, welche Sexting als eigenen Straftatbestand beinhaltet. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass es keinen neuen Strafbestand braucht, die Motionärin kritisiert jedoch, dass im geltenden Strafrecht bei Sexting insbesondere die Regelung zur Pornografie zur Anwendung kommt. Diese setzt jedoch voraus, dass die Aufnahme pornografisch sei. Beim Sexting gehe es aber um Bilder, die nicht direkt pornografisch seien.   * Der Nationalrat hat die Motion überwiesen, die Vorlage geht nun an den Ständerat. | [**16.3148**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163148) **(Interpellation Maury Pasquier): Intersexuelle Menschen. Das Zwischenspiel dauert schon zu lange.**  Die Interpellantin möchte vom Bundesrat wissen, ob er sich zu den Empfehlungen der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin von 2012 zu chirurgischen Eingriffen bei intersexuellen Menschen geäussert hat oder plant, dies zu tun. Weiter möchte sie wissen, welche Schlussfolgerungen der Bundesrat aus den abschliessenden Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses an die Schweiz vom 4. Februar 2015 und aus den Empfehlungen des UN-Ausschusses gegen Folter zum gleichen Thema ziehen will.   * Die Antwort des Bundesrats wurde im Rat diskutiert. Das Geschäft ist erledigt. |
| 17.06.2016  17.06.2016 | [**12.470**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20120470) **(Parlamentarische Initiative Joder): Bessere Unterstützung für schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder, die zu Hause gepflegt werden.**  Der Vorstoss verlangt, dass die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass Familien (Eltern und Erziehungsberechtigte), die schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder zu Hause pflegen, besser und wirkungsvoller unterstützt und entlastet werden. Die Kommissionen für Soziale Sicherheit und Gesundheit beider Räte sind auf die Vorlage eingetreten. Das Parlament berät über eine Fristverlängerung der Initiative.   * Der Nationalrat stimmt einer Fristverlängerung um zwei weitere Jahre zu.   [**14.3470**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20143470) **(Postulat Reynard): Stimmrechtsalter 16 und Förderung politischer Bildung.**  Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht zu prüfen, das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken und gleichzeitig die politische Bildung der Jugendlichen zu verstärken und die Jugendlichen politisch zu sensibilisieren. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme des Vorstosses. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.   * Der Nationalrat hat die Vorlage abgeschrieben, da sie länger als zwei Jahre hängig war. Das Geschäft ist somit erledigt.   [**14.3440**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20143440) **(Interpellation Barbara Schmid-Federer): Respektierung des Kindeswohls bei humanitären Visa**.  Die Interpellantin möchte vom Bundesrat Auskünfte zu verschiedenen statistischen Kennzahlen aus dem Asylverfahren insbesondere zu Minderjährigen erhalten. Insbesondere möchte Sie wissen, inwieweit bei den Entscheidungen zur Einreise in die Schweiz dem Kindeswohl Rechnung getragen wird.   * Die Interpellation wird abgeschrieben, da sie seit mehr als zwei Jahren hängig ist.   [**15.9147**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20154197) **(Postulat Pierre-Alain Fridez): Eine Zulage für jedes Kind.**  Der Bundesrat bestätigt, dass es selbst in der erweiterten Gesetzgebung über Familienzulagen möglicherweise noch immer Lücken gibt, die dazu führen, dass in bestimmten Fällen für ein Kind kein Anspruch auf Kinderzulagen besteht. Daher fordert der Postulant den Bundesrat auf, zu prüfen, ob das Bundesrecht angepasst werden kann, dass jedes in der Schweiz lebende Kind Anspruch auf eine Kinderzulage hat.   * Der Nationalrat will die Lücken im System der Familienzulagen nicht schliessen und lehnt das Postulat ab. Der Bundesrat hatte den Vorstoss zu Annahme empfohlen. Das Geschäft ist somit erledigt. | [**16.3075**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163075) **(Postulat Daniel Jositsch): Pädophilie. Präventionsprojekt "Kein Täter werden" für die Schweiz.**  Der Postulant fordert den Bundesrat auf, in einem Bericht darzulegen, wie das Projekt "Kein Täter werden" in der Schweiz initiiert werden kann. Dabei sind insbesondere zwei Varianten zu prüfen:  1. Lancierung eines solchen Projektes durch den Bund;  2. Koordination und Unterstützungsmöglichkeiten des Bundes für Organisationen (Stiftungen, Institute usw.), welche sich in diesem Bereich engagieren. Er möchte damit der Pädokriminalität vermehrt mit Prävention statt nur mit strafrechtlichen Massnahmen begegnen, in dem Pädosexuelle lernen, mit ihrer Neigung so umzugehen, dass sie nicht straffällig werden.   * Weil die Formulierung des Postulats auf Widerstand stiess, zog der Posulant den Vorstoss zurück. Er kündigte einen neu formulierten Vorstoss an. |
| 17.06.2016 | [**15.2016**](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20152016) **(Petition Klasse 3-4e): Für ein Verbot von Ohrfeigen.**  Schülerinnen und Schüler haben eine Petition für ein verbot von Ohrfeigen eingegeben. Der Ständerat lehnte die Petition bereits ab.   * Der Nationalrat folgt dem Ständerat und gibt dieser Petition auch keine Folge. Dies mit der Begründung, dass das geltende Recht Ohrfeigen bereits heute verbiete, auch wenn dies in keiner Bestimmung explizit formuliert sei. |  |
| 17.06.2016 | **Schlussabstimmungen**:  mit 125 zu 68 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 32 zu 5 Stimmen bei 7 Enthaltungen haben die Räte die Änderungen des Adoptionsrechts angenommen. Das letzte Wort könnte allerdings das Stimmvolk haben. Ein Komitee mit Vertretern aus SVP, CVP und EDU hat angekündigt, das Referendum zu ergreifen.; | |